

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und
Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig. Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark

61. Jahrgang

Leipzig, den 15. März 1923

Nummer 30

Bekanntmachung

Bezugspreis und Erscheinungsweise des „Korr.“

Die fortgesetzte Steigerung der Papierpreise nebst den sonstigen ständig wachsenden Kosten für Herstellung, Versand usw. machen unter Berücksichtigung der gesamten Lage der Organisation eine abermalige Erhöhung des Bezugspreises sowie eine Änderung der Erscheinungsweise notwendig. Der Bezugspreis beträgt für den

Monat April 500 Mark

Davon vergütet die Verbandskasse an Mitglieder auf jedes abonnierte Exemplar 400 M. in der Weise, daß die Postquittung bei der Beitragszahlung im April mit 400 M. in Zahlung genommen wird. Die restliche Summe haben die Bezieher selbst zu tragen.

Die Anzeigenpreise werden vom 1. April an wie folgt festgesetzt: Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen die sechsgespaltene Zeile 50 M.; sonstige Anzeigen 250 M.

Besonders die hohen Post-(Verpackungs-)Gebühren zwingen auch zu einer Änderung in der Erscheinungsweise des „Korr.“. Bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse erscheint der „Korr.“

jeden Mittwoch und Sonnabend

Eine Einschränkung des Umfangs soll mit dieser Änderung möglichst nicht eintreten; jede Nummer soll acht Seiten stark erscheinen. Wir benutzen diese Gelegenheit zu dem erneuten dringenden Ersuchen an die Kollegenschaft, bei allen für den „Korr.“ bestimmten Veröffentlichungen sich der größten Kürze zu befleißigen. Der zur Verfügung stehende Raum des Verbandsorgans muß in zweckentsprechender Weise ausgenutzt werden. Dies bitten wir alle Schriftführer und Artikelschreiber dringlichst zu beachten.

Der Vorstand

Bekanntmachung

Die erste Auflage des neuen Tarifs ist vergriffen. Der Neudruck ist im Gange, so daß Bestellungen schon jetzt entgegengenommen werden; diese sind zu richten an das Verbandsbureau, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5. Der Preis für ein Exemplar des Deutschen Buchdruckertarifs beträgt für Verbandsmitglieder 450 M.

Die eingehenden Bestellungen werden nur ausgeführt, wenn der Betrag zuzüglich Porto auf unser Postcheckkonto (Bruno Schweinik, Berlin 1023 87) vorher eingezahlt worden ist. Auf dem Zahlkartenabschnitt ist die genaue Adresse des Bestellers, die Zahl der Exemplare und das Porto zu vermerken. Die Portosätze betragen für 1 Exemplar 60 M., 2—4 Exemplare 100 M., 5—8 Exemplare 120 M., 9—16 Exemplare 150 M.; bei größeren Bestellungen ist die entsprechende Paketgebühr einzufügen.

Der Vorstand

Der „Korrespondent“ unter dem Zwange der Verhältnisse

Die Bekanntmachung der Verbandsleitung an erster Stelle dieser Nummer wird und darf unsern Lesern nichts anderes sein als unter dem harten Druck der Zeit aufgezwingene Unumgänglichkeiten. Das erste Vierteljahr 1923 wird in der Geschichte des Verbandsorgans ein düsteres Blatt bilden, da die ungeheure Verteuerung des Papiers (auf 1550 M. das Kilo im März, gegen 445 M. im Dezember und 84 M. im September 1922) sich in einem fabelhaften Umfange zum Bezugspreise von 75 M. im ganzen Vierteljahr bzw. 15 M. für Verbandsmitglieder bewegte.

Die Entwicklung der ganzen Produktionsverhältnisse im Zeitungs-wesen, wovon das Papier wohl die Hauptbelastung darstellt, aber doch nur ein Teil neben vielen andern starken Verteuerungen ist, zwang daher gebieterisch, auch für den „Korr.“ zum Monatsabonnement überzugehen. Mit dem Verbandsorgan ist es nicht anders als mit dem Verbandsbeitrage: auch beim „Korr.“ muß ein schnelleres und zeitensprechenderes Mitgehen stattfinden, wenn die Organisation nicht materiell großen Schaden erleiden soll. Ein kleiner Teil der Abonnenten hat ja bisher schon monatsweise den „Korr.“ bei der Post bestellt, wenn das nunmehr die Gesamtheit almonatlich in der dritten Woche vorzunehmen hat, so wird die Angewöhnung gerade durch die Regelmäßigkeit erleichtert. Es muß aber allgemeiner beachtet werden, daß Bestellungen auf den „Korr.“ oder Abbestellen bei Verzähen nur bei der Post, niemals bei unsrer Expedition bewirkt werden können.

Die Erhöhung des Bezugspreises auf 100 M. für Verbandsmitglieder bedeutet bei dem heutigen Geldwerte ja nur etwa den vierten Teil des Abonnementgeldes in der Vorkriegszeit, das mit 23 Pf. für den Monatsbezug ansetzen ist. Der „Korr.“ beweist mit seinen 59 850 Abonnenten doch eine solche Wichtigkeit für die Kollegenschaft, daß er durch die jegliche, keineswegs finanziell etwas nachholende Abonnementserhöhung nie und nimmer Beeinträchtigung erfahren kann. Wie in unserm Verbandsorgan die Mitglieder mit ihrem Organ verbunden sind, das wird in der Gewerkschaftsbewegung kein Seitenstück haben. Wenn man sieht, daß der „Typograph“ im ersten Quartale 1923 bei einmal wöchentlichem Erscheinen 50 M. im Monat kostete, das Faktorenorgan bei dreimal monatlich 600 M., die „Zeitschrift“ bei zweimal wöchentlich 3000 M., dann wird sich der neue Bezugspreis des „Korr.“ noch in recht mäßigen Grenzen halten. Daß mit den neuen Bezugspreisen der „Korr.“ immer noch eines ansehnlichen Zuschusses bedarf, und daß nur aus gewerkschaftlichen Gründen das Abonnement noch so verhältnismäßig niedrig gehalten wird, bedarf wohl keiner Hervorhebung. Allerdings ergibt sich insofern ein höherer Beitrag, als das Postbestellgeld von 4,50 auf 18 M. im Monat ab April erhöht wird. Dem kann aber durch Selbstabholen ausgewichen werden. Wir erlauben uns schleunigst Aufgaben der Neubestellungen, weil Nachdruck unter den heutigen Verhältnissen ganz ausgeschlossen ist.

Der Abgang vom dreimaligen zum zweimaligen Erscheinen in der Woche, wozu die Gauvorstände ebenfalls ihre Zustimmung gegeben haben, wird nicht zuletzt bedingt durch die enorme Erhöhung der Verpackungsgebühren beim Versand durch die Post. Früher hat es diese überhaupt nicht gegeben. Seit einigen Jahren erhob aber die Post dafür einen recht mäßigen Betrag; für je 100 Nummern wurden im vierten Quartal 1922 nur 10 Pf. berechnet. Im Januar 1923 erfolgte Erhöhung auf 27 Pf. für die einzelne Nummer und im Februar gleich auf 99 Pf. Das ergibt für den „Korr.“ im ersten Quartal die beträchtliche Summe von 1 340 000 M., gegen rund 2000 M. im letzten Vierteljahr 1922. Dieser uns erst kürzlich bekannt-gegebene Umstand, der auch wieder ein Beitrag zu der falschen Tarifpolitik der Post ist (erst lange Zeit zu mäßig und dann mit einem Male massive Preisaufschläge), gab den Ausschlag. Dazu kommt, daß vom 1. April ab die eigentliche Postgebühr für Zeitungen von 78 auf 90 Pf. pro bezogenes Exemplar im Vierteljahr erhöht wird; sie muß vom Verleger an das Leipziger Zeitungsamt entrichtet werden. Durch den Ausfall einer Nummer in der Woche, woraus für den Leser aber keine Kürzung des Stoffes eintritt, kann gewiß ein Erleddliches

an Postgebühren gespart werden. So, wie die Hamburger Arbeitslosen mit dem „Korr.“ verfahren müßten — nur einmaliges Erscheinen und Überweisung der „Erspornisse“ dadurch an die Erwerbslosen — hätte die Organisation nur großen Schaden, die Arbeitslosen aber keinen Vorteil; wie aber ein Berliner Kollege im „Korr.“ für unbedingtes Beibehalten des seit 1875 bestehenden dreimaligen Erscheinens eingetreten ist, geht es leider auch nicht. Der bitteren Not gehorchend, muß es eben auf dem Mittelwege mit zweimaligem Erscheinen versucht werden.

Als Erscheinungstage sind aus praktischen Erwägungen der Mittwoch und der Sonnabend gewählt worden. Damit wird zu der Einrichtung von 1870 bis 1874 zurückgekehrt, in welchen Jahren der „Korr.“ zweimal in der Woche erschien, und zwar ebenfalls am Mittwoch und am Sonnabend. Es ist jetzt aber Vorkehrung mit der Post getroffen, daß bei außergewöhnlichen Anlässen, z. B. sich hin- und herziehenden Lohnverhandlungen, das Erscheinen um einen Tag vor- oder später geleistet werden kann. Nach Möglichkeit soll dies durch einen kurzen Hinweis an der Spitze der Nummer vorher mitgeteilt werden. Wir bitten jedoch sehr, Verwechslungen des „Korr.“ mit einer Tageszeitung nunmehr gänzlich auszuschließen. Die neuen Schlußklausuren werden nun Montag und Donnerstag früh sein.

Zur Erhöhung der Anzeigenpreise erübrigt sich weiteres; sie bleiben auch ab 1. April hinter dem zurück, was in den Fachblättern üblich ist.

Beim Preis für das Einzeleremplar (Verlangen von Interessenten nach bestimmten Nummern) wird eine Änderung in der Weise eintreten, daß bei solchen Bestellungen mit der Gebühr von 25 M. auch das erforderliche Porto für Zusendung eingeschickt werden muß.

Möge das, was der Verbandsvorstand bei Gelegenheit dieser sämtlich am 1. April eintretenden Abänderungen sonst noch sagt und von uns in Nr. 23 auch schon als Erwartung ausgesprochen worden ist, überall gute Beachtung finden. Dann wird unser alter „Korr.“ auch bei nur zweimaligem Erscheinen der unermüdbare Sachwalter und in Richtung und Ziel sichere Beweiser für die gesamte Kollegenchaft bleiben!

Volkswirtschaft Der Dollar-Koller

Der Dollarkurs steigt = die Mark fällt = die Preise steigen.
Der Dollarkurs fällt = die Mark steigt = die Preise fallen = die Geldentwertung macht Fortschritte.

Das ist in wenig Worten die rechnerische Grundlage, mit der das heutige Deutschland sich abzufinden hat. Leider! Alles dreht sich um die Edelmetalle der Goldgelb besitzenden Länder. Jeder kleine Knirps, kaum daß er zu lesen versteht, studiert den Kursbericht, um richtig festzustellen: „Er steigt!“ Der Dollar nämlich. Von den Aktien wollen wir schweigen.

Der Tanz, der heutigentags um das „goldene“, in armen Ländern um das „papiere“ Kalb aufgeführt wird, nimmt lächerliche Formen an. Die dem Verfall der Währungsverträge entspringenden Wertverluste der besiegten Länder haben es glücklich so weit gebracht, daß wir heute in Deutschland Stundenlöhne verrechnen, die die Jahresverdienste der Vorkriegszeit eingeholt, ja überholt haben. Dabei wird mit jeder Lohnsteigerung das Elend der Gehalts- und Lohnempfänger in der Privatindustrie größer und grauer.

Aus diesem Wirrwarr einen Weg zu finden, ist schwer, fast unmöglich. Doch es muß einen Weg geben, der diese trostlose Lage bessert. Das Fieber, das die Menschen erfaßt hat, um ja nicht zu kurz zu kommen beim Ertrassen des Papiers, „schein“ reichthums, ist eine Krankheitserkrankung am Staatskörper, wie das Fieber eine solche am Körper des einzelnen ist. Dieses Fieber muß beseitigt werden, wenn der Körper gesund sein soll.

Einige Beispiele mögen beweisen, wie es nicht sein sollte: Vor wenigen Wochen hat das württembergische Landespolizeiamt ein Verfahren gegen den Landesverband der Wirte Württembergs wegen Preistreibeerei eingeleitet, nachdem in der Verbandszeitung des letzteren eine Preisliste des Vorstandes über Richtpreise veröffentlicht worden war. Nach dieser sollte ein Viertelliter Wein (Ernte 1922) 30 bis 40 M., einer der Ernte 1921 und früher 90 M. kosten. Das Verfahren endete mit Freispruch. Heute kostet das Viertelliter 1922er schon 300 bis 400 M. und 1921er sogar 800 bis 1000 M., und kein Hahn kräht mehr danach! — Aus einem Gerichtsbericht war zu ersehen, daß Viehhändler wegen Preistreibeerei mit Schlichter vor dem Wuchergericht Mannheim verurteilt wurden, weil solche an einem Stück Vieh 1,5 Mill. M. verdient haben. Ein Verdienst, der in wenigen Tagen, ja Stunden erzielt wurde. Dadurch muß der Verbraucher für ein Pfund, d. h. für 400 Gramm Fleisch und 100 Gramm Knochen, 3800 M. bezahlen. — Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß die zuständigen bayerischen Gerichte bei einem Händler ein Paar Pferde beschlagnahmt hätten, weil er innerhalb 40 Tagen den Ankaufspreis von 5 Mill. M. auf den Verkaufspreis von 36 Mill. M., also um 31 Millionen gesteigert habe.

Solche und noch drastischere Vorkommnisse liegen sich auch aus vielen andern Geschäftsweigen anführen. Doch es würde zu weit führen, da man kurz behaupten und beweisen kann, daß ein großer Teil der heutigen Menschheit nur noch vom Handeln, Schädern, Schieben,

Wuchern, Betrügen usw. sein Dasein „fristet“. Dabei werden Gewinne eingeheimst, die aus Fabelhafte grenzen würden, wenn durch sie die Werte nicht vollends ihren Wert verlieren müßten. Um für diese unsinnige Entwertung noch unsinnigere Zahlungsmittel zu schaffen, muß das Reich die Druckpressen Tag und Nacht, Sonntag und Werktag laufen lassen. Dabei werden die Wertziffern immer größer und das Papierformat kleiner, damit ja viel Werte auf einen Bogen gehen.

Der Normalverdienst betrug in der Vorkriegszeit 10 v. S., heute fallen 10x10 v. S. unter ein Verdienst. Dabei der Weg! Nicht mehr vom Erzeuger zum Verbraucher geht Angebot und Kauf. Durch zehn und noch mehr Hände mit je 10x10 Profitminimum wird die Ware „freibleibend“, „areifbar“ geschoben. Beträge sich dabei das Gesindel selber nur, könnte es abschreckende Wirkung ausüben. Letzter Endes ist es jedoch derjenige Teil, der betrogen wird, der ehrlich seiner Arbeit nachgeht. In vielen Fällen kann gesagt werden, nachgegangen ist. Durch diese Schiebungen werden die Werte derart entwertet, daß der Regierung keine andern Mittel zur Verfügung stehen, als durch Vermehrung der Zahlungsmittel (Inflation) den Ausgleich zu erwirken. Einen Ausgleich, der aus Not geboren nur größere Not zeugen kann. Nur eine Zunahme des Geldwertes infolge einer Verringerung der umlaufenden Geldsorten (Deflation) kann hier wesentliche Besserung bringen.

Es ist höchste Zeit, daß die Regierung Wandel im Handel schafft, diesen in gestützte Bahnen lenkt. Wir Gewerkschaftler helfen, soweit dies in unsern Kräften und Macht steht, gerne mit, wenn es gilt, den Weg des Zwischenhandels einzudämmen. Die Konsumentengenossenschaften müssen sich aktiver an der Ausschaltung des Zwischenhandels beteiligen. Durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, durch Abschluß von auf Treu und Glauben beruhenden Lieferverträgen zwischen Erzeuger und Verbraucherverbänden kann die Besserung gefördert werden.

Unsinnige Fracht-, Porto- und Fahrpreisteigerungen helfen die Waren verteuern und damit entwerten. Auch die Stadtverwaltungen unrentable Ausnutzung, die die Geldentwertung steigern helfen.

In der Jetztzeit, im Zeichen der übermühtigen, gewalttätigen Besetzung des wertvollsten Teiles Deutschlands, wo es die Arbeiter neben den Beamten sind, welche die brutale Franzosenwillkür mit unbeugsamem Mut, mit ruhiger Kraft und mit Selbstbewußtsein aufhalten machen, kann es der Regierung Cuno gelingen, Werte zurückzugewinnen, Werte zu heben und schaffen. Dem realen Handel, der sich abseits stellt von denen, die dem Dollar-Koller durch Herausheben der Warenpreise in der Frühe und abends spät hulldigen, sollte mehr geholfen werden. Auch die Banken müssen mehr dazu beitragen, daß Werte Werte bleiben. Verfolgt man die Vorgänge am Aktienmarkt, so muß an dem gesunden Menschenverstand der Käufer gezweifelt werden. Ein einziges Beispiel: Die Harpener Bergbauaktien schnellsten innerhalb neun Monaten von 300 M. auf den Stand von 240 000 M., um heute wieder einen „Tiefstand“ von 114 000 M. zu erreichen. Was wird da am Volkswohl und Volksvermögen unsinnigerweise gesündigt? Hier hätte es eine das Volkswohl im Auge habende Regierung in ihrer Hand, durch Besteuerung dieses unerdienten Wertzuwachses der Aktienschieber ungeheure Summen in die Kassen zu bekommen.

Wir Arbeiter sind die ersten, die einen stabilen Lohn bei stabilen Lebensbedingungen begrüßen würden. Lange genug haben wir erfahren, daß jede Lohnsteigerung Steigerung unserer Verelendung mit sich bringt. Ich schlage vor: Man gebe uns drei Viertel unseres Friedenslohnes von 1914, gemessen am Fleisch-, Brot- und Kohlenpreis nach dem Stand je vom 1. März 1914 und 1923 in den zuständigen Gehaltsklassen der Städte, und wir liefern das übrige Viertel an eine Kasse ab, die zur Stabilisierung der deutschen Währung dient. Die Gewerkschaften werden diese Mehrarbeit gern leisten, um aus dem Elend herauszukommen, in das uns verkehrte Regierungsmaßnahmen hineingebracht haben. Mit der Zeit wird der Dollar-Koller oder das Fieber nach Papieregeld deutscher Währung in beliebig festgesetzter Höhe als Gegenwert für amerikanische Goldwährung in Höhe von rund 4,20 M. zurückgeben. Dann kann Deutschland aufbauen an Werten, abbauen an wertlosen Zahlungsmitteln und endlich wieder Zukunftswerte schaffen.

Stuttgart.

—c.

Korrespondenzen

Hamburg-Altona. (Ordentliche Generalversammlung am 4. März.) Ausgetreten sind 5 Kollegen, arbeitslos zur Zeit 238. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Vereinsangehörigen, Kollegen Dreher, fand im engeren Kreise eine kleine Ehrung statt. Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß die Versammlung einstimmig, dem Kollegen Dreher im Falle der Arbeitsunfähigkeit 75 Proz. des jeweiligen Gehaltes als Pension zu zahlen. Kollege Corti teilte mit, daß erst jetzt bekannt geworden sei, daß bei der Firma Hartung seit längerer Zeit zwei Kollegen statt der acht eine Zwölfteinstündigkeit leisten; er berichtete weiter über die Anrufung des Schlichtungsausschusses in der Frage der Hamburger Sonderzulage. In nächster Woche solle endlich eine Verhandlung sein. Von den zentralen Lohnverhandlungen lag die vorläufige Nachricht vor, daß durch Schiedspruch eine 25prozentige Erhöhung bewilligt wurde. Das bedeutet für Hamburg in der höchsten Staffel 71 250 M. Wochenlohn. In der Aussprache kam die Anzu-

friedenheit mit dem Schiedspruch drastisch zum Ausdruck; protestiert wurde gegen die Verschleppungstaktik des Schlichtungsausschusses. Das Verhalten der Drucker der Firma Hartung, die sich nicht an den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung, während des örtlichen Konfliktes keine Überstunden zu leisten, hielten, wurde scharf getadelt. Beim Punkt „Jahresbericht“ verwies Kollege Wabersky auf den in der Hand eines jeden Kollegen befindlichen gedruckten Jahresbericht. Ein arbeitsreiches Jahr liege wiederum hinter uns. Kollege Corzting auf den Kassenteil näher ein und erläuterte in einigen Gegenüberstellungen die Steigerung der verschiedenen Konten gegen das Vorjahr. In einem Staate, der wirtschaftlich so am Boden liege, sei eine einigermaßen stabile Kasseneinzahlung nicht möglich. Die Aussprache förderte verschiedene Wünsche auf. Auf Vorschlag der Revisionskommission wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Nach erfolgter Kandidatenauffstellung zur Neuwahl der Verwaltung begründete Kollege Wolfrath die Anträge der Erwerbslosen auf Gewährung höherer Gauzuschüsse und Einstellungs event. Besteuerung der Überstunden. In der Aussprache tauchten verschiedene Vorschläge und Anträge auf, so, den Gaubeitrag von 50 auf 75 Proz. des Verbandsbeitrages zu erhöhen; den ADGB. aufzufordern, eine größere Aktion zur besseren Unterstützung der Erwerbslosen einzuleiten; den „Korr.“ nur einmal wöchentlich erscheinen zu lassen und die Ersparnisse für die Erwerbslosen zu verwenden; ferner, daß die Kollegen, die es ablehnten, einen Stundenlohn zur Ruhrhilfe abzuführen, 1000 M. zur sofortigen Unterstützung der Erwerbslosen opfern sollten. Bei dieser Gelegenheit wurde nochmals das Für und Wider der Ruhrhilfe erwogen. Schließlich wurden alle Anträge dem Vorstand zur Beratung mit Vertretern der Erwerbslosen überwiesen. Der Antrag des Kollegen F. Schmidt, die Beiträge künftig aus Zweckmäßigkeitsrunden nicht mehr im voraus zu entrichten, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Bibliothekskommission, von jedem Leser pro Vierteljahr einen Beitrag von 100 M. zu erheben und ferner die Bibliothek künftig nur Sonntags von 5 bis 8 Uhr offen zu halten, fand Annahme. Erwerbslose, Kranke und Invaliden sollen von diesem Beitrag befreit sein.

Landsberg (Warthe). Unre am 10. März abgehaltene Ortsvereinsversammlung befaßte sich hauptsächlich mit der tariflichen Lage. Die Prinzipale des Kreises XI sind aus dem DBW. ausgetreten (Das stimmt in dieser Weise nicht, es ist aber über den Rahmen des Einzelvorgehens hinaus so etwas im Gange. Red.), um nicht mehr den Tariflohn zu zahlen. Die Verhandlungen des Prinzipalratsvorsitzenden mit unserm Gauvertreter mühten scheitern, da ja nur der Tarif maßgebend für ihn sein konnte. Nun versuchten die Prinzipale örtlich zu verhandeln. Auch hier in Landsberg (Warthe) wurde unser Ortsvereinsvorsitzender zu einer Verhandlung mit den hiesigen Prinzipalen, die schon seit dem 1. Januar nicht mehr Mitglieder des DBW. sind, aber doch den Tariflohn bisher gezahlt hatten, geladen. Es wurde ihm in dieser Verhandlung erklärt, daß die Prinzipale die Löhne nicht mehr zahlen könnten. Aber auch unser Vorsitzender hielt sich an den Tarif, und darauf wurde ihm dann die Mitteilung, daß die Prinzipale ihr Gesamtpersonal kündigen und ihre Betriebe stilllegen würden. Dies ist auch nun am Sonnabend, dem 10. März, geschehen, so daß also in Landsberg (Warthe) sämtliche Buchdruckereischickten in Kündigung stehen. Die Versammlung beschloß, sich in keine Verhandlungen über die Lohnfrage mit den Prinzipalen einzulassen, sondern den Schlichtungsausschuß anzurufen, da von einer Stilllegung der Betriebe keine Rede sein kann. Fest und einig nehmen wir den Kampf um unser Recht auf in der festen Zuversicht, daß unsre Instanzen diesen Tarifkampf unterstützen.

Allgemeine Rundschau

Berichtigungen zum neuen Verzeichnis der Ortszuschläge. In dem Verzeichnis der Ortszuschläge in Nr. 26 sind im Kreise IV die Ortszuschläge für Leonberg mit 15 statt 10 und für Oberkirch mit 10 statt 20 Proz. zu berichtigen.

Nachahmenswertes Beispiel. Die Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Sitz Halle, e. G. m. b. H., stiftete für ihr Personal eine Million Mark zur Vinderung der wirtschaftlichen Notlage.

Mag Heuschkel in Jena f. Der Tod hält reiche Ernte. Wieder ist einer von den Kollegen zur letzten Ruhe gegangen, die seit Jahrzehnten in unserer Organisation in den vordersten Reihen standen. Kollege Heuschkel, ein geborener Leipziger, war einer von denjenigen, die ohne große Reden in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllten. In der reiflichen Ausfüllung seines Postens als Bezirkskassierer sah er eine organisatorische Lebensaufgabe. In 30 Jahren hat er nur drei Versammlungen nicht besucht. Er war einer der Gründer des Jenaer Gesangsvereins „Gutenbergs“, welchem er aktiv bis zum letzten Tage angehörte. Welcher Verbandsfunktionär, der einmal in Jena referierte, lernte das „Kerlchen“ nicht kennen, wenn nach der Versammlung die urgemüthliche Jenaer Kollegschaft in das humoristischste „Schwänzen“ überging. Nun ist auch er im Alter von 57 Jahren dahingegangen. Er ruhe in Frieden!

Sturm auf eine Druckerf. Auf die sonderbündlerische Gutenbergsdruckerf. in Koblenz wurde laut Meldung der Tagespresse in der Nacht zum letzten Sonntag zum drittenmal ein Überfall ausgeführt. Die Druck- und Schmalzmaschinen wurden diesmal vollständig zerstört. Von den französischen Besatzungsbehörden ist deshalb der Ausnahmestand über Koblenz verhängt worden.

Die hohe Schlüsselzahl im Buchhandel. Die Bekämpfung der hohen Schlüsselzahl für den Buchhandel zieht in der Tagespresse seit der Androhung der Frankfurter Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung des „Börsevereins der deutschen Buchhändler“ wegen Preistreibeerei, begangen durch die Einführung des Schlüsselzählens, immer weitere Kreise. Unter der Stichmarke „Bücherbeschaffung für Bibliotheken“ schreibt z. B. ein Vertreter der wissenschaftlichen Welt: „Der Wunsch der staatlichen und andern öffentlichen Bibliotheken, daß ihnen zur Erleichterung der Bücherverforgung die Preise nach den zur Zeit ihrer jeweiligen Bestellung gültigen Schlüsselzahlen des Börsevereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig — und nicht nach den zur Zeit der Lieferung gültigen — berechnet werden mögen, erscheint durchaus berechtigt, wenn man bedenkt, wie die Schlüsselzahlen in den letzten Monaten gestiegen sind: 13. September 1922: Schlüsselzahl 60; 28. September: 80; 15. Oktober: 110; 28. Oktober: 160; 6. November: 210; 20. November: 300; 4. Dezember: 400; 27. Dezember: 600; 15. Januar 1923: 700; 29. Januar: 900; 5. Februar: 1400; 19. Februar: 2000! Dazu kommt, daß der deutsche Buchhandel in der Erledigung der Bestellungen zur Zeit oft recht saumselig sein dürfte. Es soll nicht selten vorkommen, daß eine in London aufgegebenen Bestellung schon in 14 Tagen erledigt ist, eine Bestellung auf deutsche Bücher dagegen oft vier bis sechs Wochen dauert. Ist z. B. ein Buch zur Schlüsselzahl 400 vor Weihnachten bestellt worden und soll nun zu einem Vielfachen des damals geltenden bezahlt werden, so ergibt sich deutlich, wie jede finanzielle Berechnung über den Haufen geworfen wird. Es ist sogar zu befürchten, daß das hastige Steigen der Schlüsselzahlen auf die Erledigung der Bestellungen eher verlangsamernd als beschleunigend einwirkt, da zum Teil die Verleger zu einer höheren Schlüsselzahl liefern zu können hoffen, je länger sie die Lieferung hinausschieben, zum Teil die Sortimentler, ehe sie liefern, die Geltung einer neuen, ihnen noch günstigeren Schlüsselzahl abwarten wollen. Eine allgemeine Bestimmung im angeedeuteten Sinne (nach der die Schlüsselzahl der Bestellungszeit für die Lieferung maßgebend bleiben soll) wäre deshalb empfehlenswert.“

Erst Gewinn- und Preisabbau, dann Lohnabbau! Gegen die bereits in Nr. 28 erwähnte Kundgebung der Reichsregierung gegen weitere Lohn erhöhungen nahmen die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen alsbald entschiedene Stellung in einer Erklärung, auf die sie sich in einer Verhandlung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geeinigt hatten. Die Veröffentlichung dieser Erklärung verhinderte der Reichswirtschaftsminister Dr. Weber, der eine Entscheidung des Reichskabinetts verlangte. Daraufhin fanden in der Reichskanzlei Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Spitzengewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkte der wünschenswerten Festhaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt. In diesen Besprechungen betonte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zur Herbeiführung der wirtschaftlich möglichen Preisermäßigungen geschehen könne. Die Gewerkschaften wiesen bei dieser Gelegenheit auf die ersten Besorgnisse hin, die in den Kreisen der gesamten Arbeitnehmererschaft durch die Annahme entstünden, als ob die Reichsregierung jeglicher weiteren Lohn erhöhungen entgegenwirken wolle. Demgegenüber stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemein durchgängige Senkung der gesamten Löhne den notwendigen Preisabbau unmöglich machen und damit, ohne der Arbeiterschaft auf die Dauer zu nützen, das von allen erstrebte Ziel der Marktfestlegung gefährden würde. Die Arbeit der Reichsregierung bewegt sich in den Bahnen dieser von allen beteiligten Mitgliedern der Reichsregierung geteilten Auffassung. Hiernach hat es den Anschein, als ob der Reichskanzler nachträglich versucht, die berechtigete Mißstimmung, die die Kundgebung der Regierung gegen die Lohn erhöhungen in allen werktätigen Kreisen ausgelöst hat, etwas abzumildern. Wir haben das Eingreifen der Regierung sofort als unzulässig, einseitige Parteinahme zugunsten der Unternehmer gekennzeichnet, die eines derartigen Winkes der Regierung mit dem Zaunpfahl wirklich nicht bedürfen. Die innere Unhaltbarkeit der Regierungskundgebung gegen weitere Lohn erhöhungen zeigen die Vorgänge, die sich tagtäglich in der Preisbewegung der notwendigsten Lebensmittel, in erster Linie des Brotes, abspielen. Hier jagt noch immer eine Verteuerung die andre, und solange dies der Fall ist, muß ein entsprechender Ausgleich auf dem Lohngebiet erfolgen. Von einem Lohnabbau unter solchen Umständen zu reden, ist blanker Unsinn.

Gegen unzureichende Verlehrsentschädigung. Die Ausschichtsbehörden der Handwerkskammer in Preußen wurden vom Minister für Handel und Gewerbe angewiesen, ihr Augenmerk auf die vielfach unzulänglichen Kostgelder und Entschädigungen zu richten, die solchen Verlehrsingen gezahlt werden, die nicht zur Familiengemeinschaft des Verlehrsmeisters gehören. Die Ausschichtsbehörden der Handwerkskammern sollen die Kammern veranlassen, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit derartigen Mißständen abgeholfen wird; die Kammern sollen Richtlinien aufstellen, die den am Lehrvertrag beteiligten Parteien als Grundlage dienen sollen. Im übrigen weist der Minister darauf hin, daß ähnliche Mißstände auch in manchen industriellen Verlehrsingen bestehen, und beauftragt die Regierungspräsidenten, sich in derartigen Fällen der Mitwirkung der Handelskammern und der Gewerbeaufsichtsbeamten zu bedienen. Das Richtige und Wirkungsvollste wäre es

doch wohl, wenn die Handwerkskammern angewiesen würden, die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens mit allen Mitteln zu fördern, anstatt sich dagegen aus rücksichtlichen Bewegungen harnackig zu sträuben. Eine ausreichende Kostendeckung der Lehrlinge liegt schließlich im Interesse jedes Handwerkszweiges, der für die Zukunft lebens- und leistungsfähig bleiben soll.

Berechnung höherer Sätze für Werbungsstoffe. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Pauschalatz für die Abgeltung der Werbungsstoffe beim Steuerabzug vom 1. März 1923 ab erhöht wird, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die Abzüge den Betrag von 40 000 M. monatlich um mindestens 4000 M. monatlich übersteigen. Die frühere Bestimmung, nach der Anträge dieser Art nur berücksichtigt werden sollten, wenn sie vor dem 31. Januar eines Jahres eingegangen waren, ist in Wegfall gekommen. Soweit sich bei solchen Anträgen, für deren Prüfung die Finanzämter zuständig sind, die Werbungsstoffe nicht genau feststellen und nachweisen lassen (z. B. der Mehraufwand infolge Erwerbstätigkeit der Ehefrau oder infolge Einnahme des Mittagessens am Ort der Arbeitsstätte, statt am Wohnort, die Kosten für Beschaffung und Instandhaltung von Arbeitskleidung, Handwerkszeug usw.), hat nach einer Anweisung des Reichsministers der Finanzen an Stelle dieses Nachweises die freie Beweiswürdigung zu treten.

Die Rechtsunfähigkeit des Nichtuntertages. Vor einigen Wochen ging die Mitteilung durch die Presse, daß das Kammergericht die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 für rechtsunfähig erklärt und deshalb eine Entscheidung eines Berliner Schöffengerichts und eines Leipziger Landgerichts, die dem Direktor einer Filmgesellschaft wegen Überschreitung jener Verordnung zu einer Geldstrafe verurteilt hatten, aufgehoben habe. Auf direktem Wege hat sich daraufhin die „Neue Leipziger Zeitung“ an das Kammergericht gewandt mit der Bitte um Überlassung des Urteilstenors. Der Präsident des ersten Strafsenats am Kammergericht teilte der Antragerin mit, daß der Senat am 15. Dezember 1922 allerdings das auf Strafe erlassene Urteil der ersten und zweiten Instanz aufgehoben hat und daß das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt ist. Die Einstellung ist aber nur um deswillen erfolgt, weil der erforderliche Strafantrag nicht gestellt war. Sene

Zeitungsnotizen waren somit unzutreffend und irreführend; die Verurteilung vom 23. November 1918 ist also nicht für rechtsunfähig erklärt worden.

Briefkasten

F. H. in D.: Sie sehen, wie gehoramt wir Ihrem Wink sind. Also doch wohl in beiderlei Richtung bestrebt? — **G. R. und L. G. in E.:** Das waren ja zwei freundliche Briefkasten mit einem Postkasten. Die „Retourkutsche“ könnte aber nicht so Bescheidendes Überbringen. — **M. G. in D.:** Na, kommt einmal mit daran. Wir möchten jedoch unser Leben nicht den Kapgeßtern der sich schon zurückgesetzt fühlenden Preisgeben, werden sie also nicht mehr warten lassen. Eines Ausweises hätte es von Ihnen nicht bedurft. — **R. G. in E.:** Das andre in einer späteren Nummer. — **G. R. in J.:** 1320 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Str. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (S. Schweinitz)

Bezirk Brandenburg. Der Bezirksbeitrag für März beträgt pro Woche 5 M. (laut Beschluß der letzten Bezirksversammlung jeweils 10 Proz. des Hauptbeitrages).

Gleiwitz. Der Bruder Fritz Jäger, abgereist nach Breslau, und der Maschinenleger M. A. Schier abgereist nach Rattow, werden aufgefordert, innerhalb acht Tagen ihre Karte an den Kassierer Joh. Liffat, Richtersdorf-Gleiwitz, Mittelstraße 1, einzuliefern, widrigenfalls sie als ausgeschlossen gelten.

Hamburg-Milano. Nachstehende Kollegen werden ersucht, ihre Karte bis zum 20. März zu regeln, widrigenfalls Ausschluss erfolgt: G. Bodmann (Hauptbuchnummer 112 628), H. Burmeister (89 064), L. Dieberich (26 600), F. Diefenthal (117 727), F. Feddern (117 768), F. Frahm (96 363), S. Hallauer (117 798), F. Heise (4255), L. Holtorf (117 899), D. Jarcho (58 237), D. Kloba (117 640), P. Laßch (26 576), M. Lehne (102 372), R. Rohmann (89 497), R. Reister (17 646), D. Prasil (17 545), S. Pampus (61 276), W. Ruff (58 235), W. Sah (89 202), M. Scholz (58 177), H. Schürder (117 786), C. Schulz (54 214), W. Schulz (83 984), W. Schwartau (117 658), E. Seifarth (117 707), W. Ströhen (117 750), W. Tewes (35 489), J. Wegener (117 612), S. Winkelmann (4226), W. Wirthle (94 223).

Mannheim. Die Firma Oskar Schierer in Mainz ist wegen nichtarbeitslicher Verhältnisse für Verbandsmitglied ausgeschlossen. Zuwiderhandelnde verfallen dem Ausschluss.

Versammlungskalender

Berlin. Maschinenmeisterversammlung Donnerstag, den 15. März, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dymstraße 2.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile zu Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 100 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postcheckzahlung.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona

Mittwoch, den 21. März, abends 7 Uhr, im Musiksaal des „Gewerkschaftshauses“, Wendenbüchelhof:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Weiterberatung und Beschlußfassung über Punkt 4 der Tagesordnung der Generalversammlung vom 4. März. Antrag des Vorstandes: Zweck besserer Unterstützung der Erwerbslosen wird in der 12. und 16. Woche ein Ertragsbeitrag von je 1000 M. erhoben. 3. Vortrag des Kollegen Paul Neumann: „Arbeitsgesetz, Arbeitslosenversicherung“. 4. Wahl der Revisor zum Jahresabschluss. 5. Wahl der Türkontrollreue. 6. Bericht von den Lohnverhandlungen. 7. Bericht vom Ortsausschuß.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Bestellen Sie sofort den rechtsillustrierten Druckerbrief Nr. 21: **„Der Farbenbilderdruck“** von Karl Fleischaak, da die Auflage bald vergriffen ist. Zum Grundpreis von 50 Pf. mal Feuerungsgebühr des Briefsenders (s. Z. 2000) zu beziehen vom Verlag Julius Neiser, Leipzig-K., Postfachkonto 6821.

Wir suchen

zum qualitativen und quantitativen Ausbau unserer Druckerei (Rheinland) einen

erstklassigen Maschinenmeister

der eine abgeschlossene Praxis auf dem Gebiete von Wertpapieren (Koupons, Städtgeld) sowie in Buntdruck nachweisen kann. Den Anforderungen gegenüber stellen wir hohen Lohn. Nur besten Empfohlene wollen sich melden. Es kommen nur streng solide, arbeitsfreudige und wegen Wohnungsmangel möglichst unverheiratete Bewerber in Frage. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 473 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

Russisch!

Maschinenmeister

ledig, nicht unter 25 Jahren, mit Zugapparat vertraut, für besseren Werk- und Platten-Druck zum 26. März gesucht. Vereinigung wissenschaftl. Verleger, Dresden (Streit-Zellow).

Junger, strebs. Seher, mit der russischen Sprache vollkommen vertraut, sucht Stellung, event. da, wo sich Gelegenheit zur Ausbildung an der Sehmashine bietet. Off. Off. mit Gehaltsangabe unter Nr. 460 an d. Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erb.

Off. Off. mit Gehaltsangabe unter Nr. 460 an d. Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erb.

ein Linotypsetzer

gesucht: (belegen im Zeitungsverzeichnis)

Umsichtige Kraft, möglichst auch in tabellarischem Satzgewandt, Eintritt 28. März; ein

Maschinenmeister

f. Johannsberger Flachdruckpresse Vorwärts Nr. 6, mit Sauger und Vogenanlegeapparat. Vertrautheit mit dieser oder ähnlicher Maschine unbedingt erforderlich, Eintritt 28. März;

ein Korrektor

gewandte, umsichtige Kraft, Eintritt 3. April. Es handelt sich um Dauerstellungen! Angebote nur aus Berlin mit kurzen Angaben unter Nr. 477 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

1. Rezidivsetzer

mit reichler Praxis sucht Stellung in Leipzig. Erstklassig im Entwurf, Satz und Besetzung, Tonplattenschnitt und Gravieren. Befähigt in Lokulation, Korrektur, fremdsprachlich. Lehrbefähigung. Beste Zeugnisse. Off. Offerten unter Nr. 476 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Eücht. Monotypsetzer

41 Jahre alt, ledig, sucht im In- oder Ausland Stellung. Off. Off. an W. Krause, Berlin N 65, Culnacestr. 40 IV.

Tonplatteneinrichtung

f. Mäfer-Platten, Einleum u. Viel luf. K. Egel, München 9, Kolonnenstraße 1. — Preisfragen mit Skizzen.

Illustrationsdrucker

Sucht neuen Wirkungskreis. Selbiger ist fleißig und strebsam und an saubere Arbeit gewöhnt. Kenner der Windbraut und Anlegeapparate.

Off. Angebote erbeten unter Nr. 481 an die Geschäftsstelle des Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

Jed. Band geb. 120000 M.

Neuengraber 2 Bde., Goethe 4 Bde., Heine 4 Bde., Höfen 2 Bde., Körner 1 Bde., Kleist 1 Bde., Wieland 1 Bde., Chamisso 1 Band, Th. Storm 4 Bände. Abzahl. 4 gleiche Monatsrat. H. Otto & Co., Berlin-Lichterf.

„Für den Korrespondent“

ist die Geschäftsstelle und Inseratannahme Leipzig, Königstraße 7, die Telefon-Nr. 1411, das Postfachkonto Leipzig Nr. 613 28.

Unerwartet hat uns der Tod unseren lieben Kollegen, den Seher

Richard Kadau

für immer entfallen. Er war viele Jahre lang seinem Beruf treu nachgegangen. Nun geht er dahin, von wo er nimmermehr wieder kehrt.

Kaufmanns Kollegen im Vereine Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Ahlen, Pinzetten Winkelhaken

Verlag d. Bildungsverbandes Leipzig, Salomonstraße 8. Postfachkonto 534 30.

Werkzeugkasten

erschließbar sowie sämtl. Werkz. f. Maschinenbaufr. u. Seher empf. i. best. Qualität Kollege Max Weig, Leipzig-Glitz, Papierenstraße 5, II. Preisliste gratis.

Von nah und fern

sind mir zum 50 jährigen Verbandsmitgliedchaftsjubiläum so viele Zukunfts- und Gaben von lieben Kollegen zugegangen, daß ich mich leider darauf beschränken muß, meinen herzlichsten Dank auf diesem Weg auszusprechen.

Albin Maria Wagulik, Altenburg (S.-A.).

Herzlichen Dank

für die mir zu meinem 60jährigen Berufs Jubiläum aus nah und fern in so reichem Maße gesandten Gratulationen und Ehrungen. Insbesondere meinem werten Chef, Herrn Hartmann, dem Gesamtpersonal und der Gehaltsabteilung der Schriftsetzerei Bauerschlitz sowie dem Gau- und Bezirksvorstande des B. d. D. V. und dem Schriftsetzervereine Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Richard Seher

Am 10. März verstarb nach lehnwöchigem schweren Leiden unser langjähriger Bezirkskassierer, der Kollege

Max Heuschkel

aus Leipzig, im Alter von 57 Jahren. Mit dem Verstorbenen ist ein Freund und Kollege dahingegangen, der durch echte Kollegialität und gewissenhafte Pflichterfüllung sich die Sympathien nicht nur aller Kollegen unseres Bezirks, sondern weit darüber hinaus im Gau Thüringen erworben hat. Sein biederer und aufrichtiger Charakter wird ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken sichern. [479

Bezirksverein Jena. + Ortsverein Jena. Maschinenmeisterverein Jena. Graphische Vereinigung Jena. Gesangsverein „Lützenburg“, Jena.